

Indiens Position im weltweiten Klimapoker

Der weltweit viertgrößte Emittent klimaschädlicher Gase will nicht mitspielen

Rainer Horig

Indien gehört zu den Ländern, die am stärksten vom weltweiten Klimawandel betroffen sind. Aufgrund des rasanten Wirtschaftswachstums ist das Land zum viertgrößten Emittenten klimaschädlicher Gase aufgestiegen. Aber Neu-Delhi weigert sich standhaft, Obergrenzen für seinen Schadstoffausstoß festzulegen.

Obstbauern im Himalaya klagen über massive Ernteverluste, weil kühle Tage immer seltener werden. Im gigantischen Flussdelta der Sunderbans in Bengalen gehen Inseln unter, weil der Meeresspiegel steigt. Dürren und Fluten häufen sich, weil der Monsunwind unregelmäßiger weht. Die großen Flüsse Südasiens, Lebensadern für über eine Milliarde Menschen, könnten in naher Zukunft zeitweise austrocknen, weil im Himalaya die Gletscher schmelzen. Mehr als eine halbe Milliarde Inder, von der Weltbank als „Arme“ qualifiziert, besitzen keine Reserven, um sich gegen Klimaveränderungen zu schützen. Steht Indien ein Horrorszenario mit Hungersnöten und Flüchtlingsströmen bevor?

Wie kaum ein anderes Land ist Indien massiv von den Folgen des weltweiten Klimawandels bedroht. Doch die Regierung in Neu-Delhi tritt keineswegs als Vorkämpfer gegen die Klimakatastrophe auf. Im Gegenteil: Die indische Klimapolitik ist defensiv und konservativ. Sie beruht auf drei Prämissen:

1. Für den Klimawandel sind in erster Linie die wohlhabenden Industriestaaten verantwortlich.
2. Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf Nutzung und begrenzte Verschmutzung der Erdatmosphäre.
3. Für ein Entwicklungsland geht wirtschaftliche Entwicklung vor Klimaschutz.

Seit vielen Jahren bemühen sich insbesondere Europa und Japan, Indien auf Reduktionsziele für klimaschädliche Emissionen fest zu legen. Doch Neu-Delhi weigert sich standhaft, Emissionsgrenzen festzulegen und pocht auf die historische Verantwortung der Industrieländer und das Gleichheitsprinzip, das jedem Menschen die gleichen Verschmutzungsrechte zugesteht. Dabei ziehen Regierung und Nicht-Regierungsorganisationen in seltener Einmütigkeit am selben Strang: „Der Klimawandel, den wir heute erleben, wird durch die Emissionen der Vergangenheit verursacht,“ konstatiert Chandran Bhushan, stellvertretender Direktor des *Centre for Science and Environment* (Zentrums für Wissenschaft und Umwelt) in Neu-Delhi. „Verantwortlich sind die Treibhausgasemissionen der vergangenen 150 Jahre, und die stammen zum großen Teil aus den Industrieländern.“

Mit Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls hätten die Industrieländer ihre historische Verantwortung für den Klimawandel anerkannt, so Bhushan. Tatsächlich verpflichtet das Klimaabkommen nur die hochentwickelten Länder zur Reduktion ihrer Emissionen. Wer die Verantwortung für den Klimawandel trägt, werde klar, wenn man die pro-Kopf-Emissionen klimaschädlicher Gase betrachte: „Wenn wir die Absorptionsfähigkeit der Erdatmosphäre in Tonnen Gas beziffern

Rainer Horig



Ländliche Idylle mit Windrädern und Rindern.

und auf die Zahl der Weltbürger umlegen, so liegt die Grenze der Klimaverträglichkeit bei zwei Tonnen pro Kopf. Indiens pro-Kopf-Ausstoß klimaschädlicher Gase liegt bei 1,2 Tonnen im Jahr. Ein US-Bürger produziert dagegen 22 Tonnen, ein Deutscher fast zehn. Wir haben also noch 40 Prozent Spielraum, unsere Emissionen zu steigern, während die Deutschen ihr Limit um das fünffache übertreffen, die Amerikaner gar um das zwölfwache.“

Recht auf Umweltverschmutzung?

Aus dem Vergleich der pro-Kopf-Emissionen leitet Indien das Recht ab, seinen Ausstoß klimaschädlicher Gase zu steigern. „Um die Armut zu vertreiben und Entwicklungschancen

zu schaffen, müssen wir unsere Emissionen steigern,“ meint auch der indisch-stämmige Vorsitzende des weltweiten Klimarates IPCC, Dr. R.K. Pachauri. „Aber ich glaube nicht, dass wir denselben Entwicklungsweg wie die Industrieländer gehen sollten. Wir können einen Weg wählen, der viel weniger energie-intensiv und weniger kohlenstoff-intensiv ist. Allerdings darf dies auf keinen Fall unsere Chancen auf Wachstum und Entwicklung einschränken.“

Anfang Juli meldeten westliche Regierungen stolz, sie hätten beim G 8-Gipfel im italienischen L'Aquila die großen Klimasünder China und Indien auf ein Klimaziel verpflichtet, nämlich die Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs auf zwei

Grad Celsius. Kurz vorher, während der Klimaschutzsitzung in Bonn Mitte Juni, hatten sich die westlichen Mächte an einer anderen Forderung jedoch die Zähne ausgebissen. „Indien und China wehren westlichen Klima-Angriff ab“, meldeten indische Tageszeitungen damals. Indien und China hätten eine Gruppe von 37 „sich entwickelnden Ländern“ angeführt und jede Forderung, sich auf quantitative Reduktionen von Klimagasen zu verpflichten, zurückgewiesen, hieß es weiter. Stattdessen hätten sie mit der Forderung gekontert, die Industrieländer müssten sich auf Reduktionen von 40 Prozent unter das Niveau von 1990 bis zum Jahr 2020 zu verpflichten. Zum Vergleich: Die EU will nach einem Beschluss vom Dezember 2008 ihre Emissionen um 20 Prozent unter das Niveau von 1990 bringen, bis 2020. Deutschland gehört zu den wenigen Industriestaaten, die sich das 40-Prozent-Ziel auf die Fahnen geschrieben haben.

Vielleicht hat der Druck der westlichen Länder dazu beigetragen, dass Neu-Delhi im Juli 2008 einen Nationalen Aktionsplan zum Klimaschutz verabschiedete. Darin werden acht „Missionen“ formuliert, etwa großflächige Aufforstungsmaßnahmen, höhere Energieeffizienz in der Industrie, mehr Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft. Die Sonne wird als Energiequelle der Zukunft betrachtet und eine möglichst hohe Energieproduktion durch Sonnenenergie anvisiert.

Unterwegs nach Kopenhagen

In einer im Februar 2009 veröffentlichten Broschüre mit dem Titel *Der Weg nach Kopenhagen* legt Shyam Saran ausführlich die Position Neu-Delhis zur Klimafrage dar. Zur Frage der Verpflichtung auf messbare Reduktionsziele schreibt der Klimabeauftragte von Regierungschef Manmohan Singh: „Indien hat bereits erklärt, dass, während es seine entwicklungspolitischen Ziele verfolgt, es keinesfalls zulassen wird, dass sei-

Sorge vor Klimaflüchtlingen

Mit der steigenden Zahl der Klimaflüchtlinge wachsen auch die Sicherheitsrisiken, sagt der frühere Luftwaffenmarschall A.K. Singh, ein Spezialist für klimabedingte Sicherheitsfragen. Drohende Überflutungen der Küsten seien nicht nur für Indien mit seiner 7 500 Kilometer langen Küste, von denen 5 700 Kilometer Zyklon-gefährdet sind, ein großes Problem, sondern dürften auch zu Flüchtlingsströmen aus den Nachbarländern Bangladesch und den Malediven nach Indien führen. Singh beziffert die in Indien in den letzten 30 Jahren durch den Klimawandel verursachten Schäden auf 32 Milliarden US-Dollar. Er befürchtet künftig klimabedingte Hungeraufstände und prophezeit den Einsatz des Militärs zur Eindämmung von Flüchtlingsströmen aus dem Ausland. Und: „Der Klimawandel wird die Konkurrenz um natürliche Ressourcen anheizen,“ sagt er und verweist beispielhaft auf einen innerindischen Konflikt. So habe es beim langjährigen Streit zwischen den südlichen Bundesstaaten Karnataka und Tamil Nadu um das Wasser des Kavheri-(Cauvery-)Flusses schon Tote gegeben.

Indiens Industrie hat den Klimawandel dagegen bisher vor allem als Mittel gesehen, um mittels Emissionshandel im Rahmen des *Clean Development Mechanism* (CDM) Geld zu verdienen. Bis Juni 2008 waren in Indien nach Regierungsangaben 969 CDM-Projekte registriert, davon 340 beim multilateralen Exekutivrat. Von den dort damals weltweit insgesamt 1 081 registrierten Projekten stammten 32 Prozent, und damit die meisten, aus Indien. Bei den bisherigen Reduktionsgutschriften (CER) liegt Indien jedoch mit einem Anteil von 28,16 hinter China mit 29,25 Prozent. Ein Grund hierfür ist die meist kleinere Größe der indischen Projekte und dass es sich oft um unilaterale, also allein von indischen Firmen angebotene Projekte handelt.

Sven Hansen

Aktionsplan des indischen Klimarats

Der 50-seitige Aktionsplan des von der indischen Regierung auf nationaler Ebene eingerichteten Klimarats betont Indiens Recht auf Entwicklung und räumt der Reduzierung der Armut Priorität ein. Armutsbekämpfung wird sowohl als Rezept gegen Klimawandel wie zur Reduzierung von dessen Auswirkungen dargestellt. Im Unterschied zu den Industrieländern trägt Indien keine historische Schuld am Problem der Erderwärmung. Doch betont der Bericht auch die Notwendigkeit einer Wende hin zu ökologischer Nachhaltigkeit. Er benennt acht Bereiche: Solarenergie, Energieeffizienz, nachhaltiger Lebensraum, Wasser, den Schutz des Ökosystems Himalaja, ein grünes Indien, nachhaltige Landwirtschaft und strategisches Wissen über den Klimawandel.

Der Bericht betont insbesondere die Notwendigkeit des stärkeren Ausbaus der Solarenergie (Indien zählt 250 bis 300 Sonnentage im Jahr) und anderer Formen erneuerbarer und nicht-fossiler Energien. Schon heute hat Indien weltweit die viertgrößte installierte Kapazität für Windenergie und die zweitgrößte für Biogas. Zu den auszubauenden Energien wird in Neu-Delhi auch ausdrücklich die Atomenergie gezählt. Indien hat die größten Thorium-Reserven der Welt und erhofft sich eines Tages davon energiepolitische Vorteile. Des Weiteren bekennt sich der Bericht zur Stärkung des öffentlichen Verkehrs statt des Individualverkehrs und zu klimaverträglichen Baustandards.

Dass Indiens Regierung überhaupt den Klimarat einrichtete, einen Aktionsplan vorlegte und sich darin zur eigenen Verantwortung bekannte und Maßnahmen versprach, gilt als großer Fortschritt und politische Kehrtwende. „Bis noch vor wenigen Jahren hat Indiens Regierung ähnlich argumentiert wie der damalige US-Präsident George W. Bush und das Problem geleugnet,“ sagt Srinawas Krishnaswamy, früherer Klima-Kampagnenleiter von *Greenpeace India* und jetzt Leiter der Politikabteilung der Organisation. Der Plan sei „weniger ein Aktions- als ein Visionsplan.“ Aber es sei das erste Mal, dass die Regierung ankündigt, selbst etwas gegen den Klimawandel unternehmen zu wollen und dass sie ihn überhaupt als ernstes Problem anerkennt.

Sven Hansen

ne pro-Kopf-Emissionen höher als die durchschnittlichen pro-Kopf-Emissionen der Industrieländer werden. Im Endeffekt ist damit unseren Emissionen eine Grenze gesetzt, die umso niedriger sein wird, je ehrgeiziger unsere entwickelten Partnerländer ihre eigenen Emissionen reduzieren.“

Mit Bezug auf die Kopenhagen-Konferenz formuliert das Saran-Papier Indiens Grundposition: „Indien ist der Ansicht, dass die globale Atmosphäre ein gemeinsames Gut der Menschheit ist und jeder einzelne Erdenbürger ein Recht darauf besitzt. Das Gleichheitsprinzip legt nahe, dass im Laufe der Zeit eine Annäherung in den pro-Kopf-Emissionen verschiedener Länder stattfinden sollte. Ein globales Klimaregiment, das im Effekt nur die riesigen Unterschiede bei den pro-Kopf-Emissionen einfriert, genügt nicht dem Gleichheitsgrundsatz. Darüberhinaus müssen, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen, Konsumgewohnheiten überprüft und ein

Wille zur Veränderung des Lebensstils kultiviert werden.“

Im Folgenden entwickelt Saran Indiens Vision von erfolgreichen Verhandlungen in Kopenhagen. Bedingungen für erfolgreiche Verhandlungen seien:

- a) Verpflichtungen der Industrieländer, ihre Emissionen drastisch zu senken
- b) klimafreundlichen Technologien die weitest mögliche Verbreitung bei erschwinglichen Kosten ermöglichen



Auch in Indien entstehen Windparks.

Rainer Hörig

c) Enge Zusammenarbeit von entwickelten und sich entwickelten Ländern auf dem Gebiet der Forschung zu Klimaschutz und zur Anpassung an Klimaveränderungen

Indiens Positionen werden von vielen Ländern des Südens geteilt und sind innerhalb der Gruppe 77 nahezu unstrittig. In Kopenhagen muss sich der Norden also auf diese Positionen zu bewegen, will er die Verhandlungen nicht scheitern lassen. Nebenbei geht es auch um viel Geld: Aus der Tatsache, dass die weitaus meisten Schadstoffe, die jetzt und in der nahen Zukunft den Klimawandel verursachen, ihren Ursprung in den Industrieländern haben, leiten Indien und andere Länder einen Schadensersatzanspruch ab und fordern über die Entwicklungshilfe hinaus weitere Hilfgelder zur Anpassung an den Klimawandel. Auch darüber wird in Kopenhagen hart verhandelt werden.

Wenn die Industrieländer nicht zulassen wollen, dass der Wirtschaftsboom in den bevölkerungsreichsten Ländern China und Indien die Welt in den Abgrund treibt, müssen sie helfen, die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. Die Industrieländer können helfen, dass die energiehungrigen Riesen ihre Stromversorgung auf klimaschonende Weise entwickeln und statt Kohlekraftwerken etwa Solar- und Windparks errichten. Es ist keineswegs zu spät dafür, denn in beiden Ländern herrscht chronischer Energiebedarf, ist die Energiewirtschaft in rascher Expansion begriffen. Dafür müssen jetzt die richtigen Weichen gestellt werden.

Die Berliner Regierung fördert seit vielen Jahren Indiens Beiträge zum Klimaschutz, durch den Bau von Biogas- und Solaranlagen, durch nachhaltige Bewässerungsprojekte und die langjährige, erfolgreiche Beratung des Büros für Energieeffizienz, das dem Energieministerium in Neu-

Delhi unterstellt ist. Sie könnte noch mehr tun, indem sie den Transfer deutscher Spitzentechnologie nach Indien und in andere Länder stärker fördert. Erneuerbare Energien wären dadurch für Indien eher erschwinglich und würden sich schneller durchsetzen. Auch die deutsche Wirtschaft würde davon profitieren. Schon jetzt ist Indien ein attraktiver Markt für erneuerbare Energien. Im März 2009 reisten deutsche Hersteller zur ersten deutsch-indischen Messe für erneuerbare Energien in die westindische Stadt Pune nahe Mumbai. „Das Wachstumspotential ist riesig und das lockt auch deutsche Ausrüster und Investoren an“, resümiert Achim Rodewald von der deutsch-indischen Handelskammer in Mumbai (Bombay).

Während der Handelskammer-Expertin auf lukrative Geschäfte hofft, klagt die indische Seite über zu hohe Kosten. Chandran Bhushan vom *Centre for Science and Environment* in Neu Delhi: „Die entwickelten Länder wollen ihre Technologie nicht mit uns teilen. Sie sagen uns: Kauft sie von Firmen in Deutschland oder den USA. Aber das ist einfach unerschwinglich. Daher brauchen wir eine globale Partnerschaft. Wenn Ihr nicht wollt, das Indien mehr Gase ausstößt, wenn Ihr wollt, dass wir mehr für eine Begrenzung der Emissionen tun, was wir gern tun würden, dann brauchen wir eine globale Partnerschaft auf der Basis von Gleichbehandlung, innerhalb derer saubere Technologien weitergereicht und finanziert werden.“

Grundkonstanten der Energiepolitik

Die Klima- oder Umweltpolitik als solche ist bei den Wahlen kein Thema, sehr wohl jedoch, wenn sie als lokale Frage oder im Zusammenhang mit dem Lebensunterhalt verbunden ist und dann gar als Überlebensfrage gesehen wird, meint Narain. „Wasser etwa ist eines der wichtigsten Themen für jeden Kandidaten,“ sagt sie. „Auch Energie ist ein Hauptthema, aber vor allem der Bedarf daran, denn in weiten Teilen Indiens herrscht immer noch Energiemangel.“ Deshalb erwarte sie auch kaum Kursänderungen. Indiens Energiepolitik werde weiter hauptsächlich darin bestehen sicherzustellen, mehr Energie auf ökonomisch sinnvollerer und stärker ökologischer Grundlage zu produzieren und zugleich effizienter zu nutzen. Daran werde keine Partei etwas ändern. Unterschiede sehe sie nur darin, wie sie mit betroffenen Anwohnern umgehen. Die Kongress-Partei hält sie empfänglicher für öffentlichen den Druck als die stärker ideologisch orientierten Parteien wie die BJP oder die Kommunisten.

Mit der Kontinuität der Energiepolitik wird auch Kohle weiterhin der Hauptenergieträger bleiben. „Wer auch immer an der Macht ist, Kohle bleibt die erste Option,“ sagt Krishnawamy von Greenpeace. Nobelpreisträger Pachauri sagt: „Die Industrieländer haben sehr lange Kohle benutzt. Wir sagen ja nicht, dass wir sie genauso lange benutzen wollen. Aber wenigstens für die Zeit, in der wir die Armut beseitigen können. Wenn das nicht möglich ist, wie sollen wir uns denn jemals erneuerbare Energien leisten können, deren Kosten zur Zeit noch so hoch sind?“

Sven Hansen

(Die Kastentexte zur indischen Klimapolitik sind Auszüge aus einem längeren Artikel unter dem Titel „Mit dem Nano in die Klimakatastrophe?“, der für die Heinrich-Böll-Stiftung (www.boell.de) erstellt wurde.)